

Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, GFL/EVP (Luzius Theiler, GaP/Matthias Stürmer, EVP/Anna Schmassmann, GFL): Mehr Innovation und Transparenz durch Open Government Data by default

Im Februar 2018 hat der Gemeinderat seine «Digitalstrategie Stadt Bern 2021» veröffentlicht. Darin wird das Thema Open Government Data (OGD) am Rande erwähnt. Nicht personenbezogene und nicht sicherheitsrelevante Behörden Daten sollen mittels einer «Open Government Data-Initiative» verfügbar gemacht werden (S. 10 und S. 18). Damit könne die «Ressource Daten» innovativ genutzt werden, und es würden zusätzliche Entscheidungsgrundlagen für politische und gesellschaftliche Fragestellungen geschaffen.

Leider war bis jetzt von dieser «Open Government Data-Initiative» nicht viel zu bemerken. In seiner Stellungnahme vom 26. Juni 2019 lehnt der Gemeinderat zwei Geschäftsordnungsanträge aus dem Stadtrat für eine bessere und schnellere Information des Stadtrates ab. Die Stadt Bern hinkt in Bezug auf die Realisierung des heute allgemein anerkannten Öffentlichkeitsprinzips hintennach. Beispielsweise werden die Gemeinderatsbeschlüsse nicht systematisch publiziert. Und das sog. «Open Government Data-Portal» der Stadt (<http://www.bern.ch/ogd>) enthält unterdessen zwar über 350 veröffentlichte Datensätze, aber diese sind jedoch zumeist in einem unbrauchbaren Datenformat und nicht synchronisiert mit dem nationalen Open Data Portal opendata.swiss. Auf dem dortigen Profil der Stadt Bern (<https://opendata.swiss/de/organization/stadt-bern>) sind bloss veraltete Daten, viele mit inaktivem Link auf städtische Server. Open Government Data fördert Innovation, Transparenz und Kontrolle des politischen Handelns. Damit soll über die heute bestehenden Informationsmöglichkeiten hinaus die demokratische Meinungs- und Willensbildung gefördert und eine Kontrolle des staatlichen Handelns zu ermöglicht werden. Denn offengelegte Daten sind ein Schlüssel für mehr Demokratie. Amtliche Dokumente, Analysen, Gutachten, Erhebungen und Statistiken sollten nicht nur auf Nachfrage herausgegeben werden, sondern standardmässig mitsamt den Rohdaten im Internet veröffentlicht werden.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Information an alle Ämter sowie ewb und Bernmobil bezüglich konkrete Umsetzung der «Open Government Data-Initiative»
2. Veranstaltung von Hackathons oder Hackdays um die Zivilgesellschaft und die Startups mit den Datenlieferanten (Stadt Bern) in Verbindung zu bringen und nützliche Applikationen zu entwickeln
3. Systematische Inventarisierung der städtischen Datenbestände um zu entscheiden, welche Daten (ggf. anonymisiert) freigegeben werden können und welche nicht
4. Gemäss «Open Data by default»-Prinzip alle Daten, die nicht personenbezogen (Datenschutz) und nicht sicherheitsrelevant sind, auf der städtischen OGD-Plattform freigeben
5. Automatisierte Aktualisierung der Berner Open Data Bestände auf dem nationalen Open Data Portal opendata.swiss
6. Veröffentlichung aller von der Stadt in Auftrag gegebener Gutachten, Studien und Analyse inklusive deren Rohdaten als Open Government Data
7. Veröffentlichung aller Gemeinderatsbeschlüsse unter Berücksichtigung allfälliger Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte
8. Veröffentlichung aller Stadtratsunterlagen inkl. Beilagen vor der Kommissionsberatung
9. Beitritt zum Verein opendata.ch und Mitwirkung bei nationalen und regionalen Aktivitäten

Bern, 31. Oktober 2019

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler, Matthias Stürmer, Anna Schmassmann

Mitunterzeichnende: Lukas Gutzwiller, Michael Burkard, Marcel Wüthrich, Manuel C. Widmer, Claude Grosjean, Melanie Mettler, Ingrid Kissling-Näf

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Die Kernforderungen des Vorstosses liegen auf der strategischen Linie des Gemeinderats und der mit der Digitalstrategie Stadt Bern verfolgten Ziele. Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass Open Government Data (OGD) Innovation, Transparenz und Kontrolle des politischen Handelns fördern kann. Sichere Datengrundlagen sind mit Blick auf den Einfluss der Onlinemedien und der verbreiteten «fake news» für die demokratische Meinungs- und Willensbildung unabdingbar und zentral.

Gleichzeitig sollen die städtischen Daten auch vermehrt zur systematischen Steuerung der eigenen Strategien bzw. im Sinne einer erweiterten Entscheidungsgrundlage genutzt werden. Die für die Umsetzung der Digitalstrategie verantwortliche Konferenz Digital Stadt Bern hat ein entsprechendes Projekt in Richtung «Public Data Cockpit» initialisiert.

OGD in der Stadt Bern: Im Jahr 2013 liess die Stadt Bern von der Berner Fachhochschule eine Potenzialanalyse für OGD erstellen. Bis Ende 2018 wurden in Rahmen einer Pilotphase das Berner OGD-Portal www.bern.ch/ogd geschaffen. Seither sind die Berner Daten ebenfalls auf dem gesamtschweizerischen OGD-Portal opendata.swiss verfügbar.

Zu einzelnen Anliegen des Vorstosses hält der Gemeinderat fest:

1. Das Thema OGD wurde intern auf Führungsebene und auf strategischer Ebene (heute Konferenz Digital Stadt Bern) mehrfach vorgestellt mit der Aufforderung, geeignete Datensätze aufzubereiten. Ein Einbezug von ewb und BERNMOBIL erfolgte aus Ressourcengründen allerdings nicht.
2. Die Stadt Bern hat in den letzten beiden Jahren ihr Netzwerk im Kontext der digitalen Transformation deutlich ausgebaut. Ebenso wurden u.a. gemeinsam mit ewb und BERNMOBIL ambitionierte Innovationsprojekte lanciert. Mit dem Digitaltag, öffentlichen Anlässen mit Partnerinnen und Partnern sowie der Teilnahme an offenen Formaten wurde darüber hinaus der Einbezug von Bevölkerung, Forschung/Lehre und Wirtschaft neu lanciert.
3. Auf eine systematische Inventarisierung musste bisher aus Ressourcengründen verzichtet werden.
4. Das Prinzip «Open Data by default» ist im Grundsatz ebenso wünschbar wie ressourcenintensiv. Eine Umsetzung ist deshalb in nächster Zeit kaum möglich.
5. Die automatisierte Aktualisierung ist namentlich bei Dienststellen mit grossem Datenvolumen sinnvoll.
6. Die Veröffentlichung von Gutachten, Studien und Analyse inklusive deren Rohdaten als OGD ist auch aus Sicht des Gemeinderats eine erstrebenswerte Zielsetzung. Angesichts der Grösse der Stadtverwaltung Bern ist eine Priorisierung unerlässlich.

7. Der Gemeinderat kann sich eine Veröffentlichung der Gemeinderatsbeschlüsse als OGD grundsätzlich vorstellen, sofern die gesetzlichen Grundlagen erfüllt und die für die Aufbereitung erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Ohne gesamtstädtisches OGD-Konzept mit entsprechender Betriebsorganisation und dem Einsatz erheblicher Ressourcen kann die Stadt Bern erhöhten Anforderungen (OGD als Standard, automatische Aktualisierung usw.) nur bedingt genügen. Aus Sicht des Gemeinderats ist dies unbefriedigend. Gleichzeitig erfordert die städtische Finanzlage eine klare Priorisierung des Mitteleinsatzes. In nächster Zeit ist deshalb mit keiner wesentlichen Veränderung im OGD-Bereich zu rechnen. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, im Rahmen der Digitalstrategie der Stadt Bern mit einem pragmatischen Ansatz auf ein städtisches OGD-Konzept hin zu arbeiten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 29. April 2020

Der Gemeinderat